

22.11.2022

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.6)

Frau Senatorin Gallina trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2022/2294, betreffend

Gesetz zur Anerkennung und zum stärkeren Schutz der
Geschlechtervielfalt im Hamburger Justiz- und Maßregelvollzug,

vor.

Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit

Dr. Eike Westermann

TOP I. 6
8

Berichterstattung:
Senatorin Gallina
Staatsrat Dr. Schatz

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2022/02294
vom: 10.11.2022

**Gesetz zur Anerkennung und zum stärkeren Schutz der Geschlechtervielfalt
im Hamburger Justiz- und Maßregelvollzug**

A. Zielsetzung

Die Drucksache dient der Unterrichtung des Senats über das geplante Gesetz zur Anerkennung und zum stärkeren Schutz der Geschlechtervielfalt im Hamburger Justiz- und Maßregelvollzug.

Mit dem Gesetzentwurf wird das Ziel verfolgt durch die gesetzliche Regelung des Umgangs mit trans-, intergeschlechtlichen und nicht-binären Personen im Justiz- und Maßregelvollzug die Geschlechtervielfalt in diesen Bereichen noch stärker zu berücksichtigen und zu schützen.

B. Lösung

Beschluss des Senats über die Mitteilung an die Bürgerschaft mit anliegendem Entwurf eines Artikelgesetzes zur Aufnahme von Regelungen in den Hamburgischen Vollzugsgesetzen und im Hamburgischen Maßregelvollzugsgesetz zum Umgang mit trans-, intergeschlechtlichen und nicht-binären Personen.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Keine.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Vollzugsaufwand

Ein leicht erhöhter Vollzugsaufwand ergibt sich durch die Einführung einer Einzelfallprüfung bezüglich der Unterbringung von trans-, intergeschlechtlichen und nicht-binären Personen.

Zudem entsteht ein leicht erhöhter Vollzugsaufwand durch entsprechende Unterrichtspflichten bei Aufnahme der Betroffenen.

G. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Inklusion
- x Gleichstellung: Es werden die Rechte von trans-, intergeschlechtlichen und nicht-binären Personen im Justiz- und Maßregelvollzug gestärkt.

H. Notifizierung nach EU-Recht

Keine Notifizierung erforderlich, da kein grenzüberschreitendes Interesse ersichtlich.

I. Vorwegüberweisung

Keine.

J. Alternativen

Keine gesetzlichen Regelungen zum Umgang mit trans-, intergeschlechtlichen und nicht-binären Personen im Justiz- und Maßregelvollzug mit der Folge, dass deren Rechte nicht gestärkt werden. Dies wäre vor dem Hintergrund des bestehenden Handlungsbedarfs (siehe unten 2.) nicht angemessen.

Des Weiteren stellt die Schaffung neuer Anstalten oder Teilanstalten keine Alternative zu einer Einzelfallprüfung dar, da dies nicht nur unverhältnismäßig kostenaufwändig wäre, sondern vor allem zu einer nicht gewollten Isolation der betroffenen Gefangenen, Untersuchungsgefangenen, Untergebrachten und Jugendlichen führen würde.

K. Anlagen

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft nebst Entwurf eines Gesetzes zur Anerkennung und zum stärkeren Schutz der Geschlechtervielfalt im Hamburger Justiz- und Maßregelvollzug.